

Vorlage Nr.: 2026/0672

Verantwortlich: **Dez. 3**

Dienststelle: **stja**

Projekt Partnerschaft für Demokratie Karlsruhe

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	07.10.2026	7	Ö	Entscheidung

Kurzfassung

Der Jugendhilfeausschuss nimmt von der Vorlage Kenntnis und bestätigt den bestehenden Auftrag der Stadt Karlsruhe aus dem Jahr 2016, dem Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe die Durchführung Partnerschaft für Demokratie Karlsruhe im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zu übertragen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja ☐ Nein ☒	
☐ Investition ☐ Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung ☐ bereits vollständig budgetiert ☐ teilweise budgetiert ☐ nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch ☐ Mehrerträge/-einzahlung ☐ Wegfall bestehender Aufgaben ☐ Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)		Nein ☒	Ja ☐ positiv ☐ negativ ☐	geringfügig ☐ erheblich ☐
IQ-relevant	Nein ☐	Ja ☒	Korridorthema: Soziale Stadt	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein ☐	Ja ☐	abgestimmt mit	

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) ist im Januar 2025 in seine 3. Förderperiode (2025 bis 2032) gestartet. Mit dem Programm fördert das BMBFSFJ zivilgesellschaftliches Engagement auf allen Ebenen des Staates für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander sowie die Arbeit gegen Radikalisierungen und Polarisierungen in der Gesellschaft.

Über die Partnerschaften für Demokratie sollen zivilgesellschaftlich und demokratisch aktive Menschen und Organisationen, die sich in ihrem kommunalen Umfeld für die Demokratie engagieren, gestärkt und vernetzt werden. Im partnerschaftlichen Zusammenwirken, insbesondere von kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft, wird eine lebendige und vielfältige Demokratie vor Ort sowie eine Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders, der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung gestärkt.

Die Partnerschaften für Demokratie ermöglichen eine zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteurinnen und Akteure für Aktivitäten in den Handlungsfeldern des Bundesprogramms.

Ein Programmbereich von „Demokratie leben!“ ist der Förderzweig **Partnerschaft für Demokratie (PfD)**, der in Karlsruhe seit dem Jahr 2015 in Trägerschaft der Stadt Karlsruhe, Dezernat 3 verantwortet wird.

Das Bundesprogramm sieht vor, dass eine externe Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet wird, welche bei einem gemeinnützigen Träger angesiedelt ist. Seit 2016 ist dies der Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe, beauftragt durch den damaligen Bürgermeister Dr. Martin Lenz.

Die Finanzierung erfolgt über Bundesmittel. Gefördert wird die PfD aktuell für das Kalenderjahr 2026 mit 140.000 €. Die Förderung wird neben den Aufwendungen für die Koordinierungs- und Fachstelle für die Förderung zivilgesellschaftlicher Kleinprojekte und Veranstaltungen verwendet. Daneben sind 10% Eigen- bzw. Drittmittel vorgesehen, welche derzeit durch die Träger*innen der Kleinprojekte erbracht werden.

Jugendgruppen, Vereine und andere Zusammenschlüsse können bei der Koordinierungs- und Fachstelle Anträge für Maßnahmen und Projekte einreichen.

Die Anträge werden über ein Antragsformular an die Koordinierungs- und Fachstelle gestellt. Ein begleitendes Bündnis sichtet die Anträge, berät sich darüber und spricht Förderempfehlungen aus. Das Bündnis besteht aus Vertreterinnen und Vertretern städtischer Ämter sowie der Zivilgesellschaft, welche im Themenfeld von „Demokratie leben!“ engagiert sind. Anschließend werden die Empfehlungen dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben vorgelegt, welches die Förderfähigkeit prüft und ggf. bescheinigt.

Darüber hinaus ergänzt und vernetzt die Fach- und Koordinierungsstelle bestehende Bündnisse in Karlsruhe und Umgebung und widmet sich präventiver Arbeit im Bereich Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein wichtiges Themenfeld dabei ist die Jugendbeteiligung. Zielgruppe der Einzelmaßnahmen der PfD sind hauptsächlich Kinder und Jugendliche und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie die Stadtgesellschaft insgesamt.

In den neuen Förderrichtlinien, die am 22.12.2025 dem Dezernat 3 in einem Rundschreiben mitgeteilt wurden, findet sich folgende Passage:

„Die Förderung wird u.a. unter der Bedingung gewährt, dass die Partnerschaften für Demokratie im laufenden Förderjahr 2026 gegenüber der Regiestelle des BAFzA nachweisen, dass ihr nach der jeweiligen Gemeindeordnung gewähltes Organ der kommunalen Selbstverwaltung oder der zuständige beschlussfassende Ausschuss mit der Durchführung der Partnerschaft für Demokratie befasst wurde und dazu eine Beschlussfassung erfolgt ist.“

Eine Beschlussfassung durch den Jugendhilfeausschuss ist deshalb erforderlich.

Der Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe ist der geeignete Träger für dieses Programm, da er über die nötige Erfahrung in der Kinder- und Jugendarbeit im Bereich der politischen Bildung verfügt, innerhalb der Zivilgesellschaft hervorragend vernetzt ist und das Projekt Partnerschaft für Demokratie seit Jahren erfolgreich umsetzt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt von der Vorlage Kenntnis und bestätigt den bestehenden Auftrag der Stadt Karlsruhe aus dem Jahr 2016, dem Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe die Durchführung Partnerschaft für Demokratie Karlsruhe im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zu übertragen.